



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

An die Medien

NFA und E-Government – zwei Rahmenvereinbarungen unter Dach und Fach

Erfolgreiche Zusammenarbeit Bund-Kantone

Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat heute vom Beitritt aller Kantone zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) Kenntnis genommen. Ermächtigt durch alle Kantonsregierungen, kann die KdK auch die Rahmenvereinbarung Bund-Kantone über die E-Government-Zusammenarbeit unterzeichnen. Zudem hat die Plenarversammlung die Kantonsvertreter im politischen Steuerungsausschuss bezeichnet. Mit der Wahl von Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf sieht die Plenarversammlung den Föderalismus im Bund gestärkt.

Inkrafttreten der NFA auf den 1. Januar 2008

Die Kantonsregierungen sind erfreut, dass das grosse Reformpaket der NFA termingerecht auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt werden kann. Ein beispielloser Prozess partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen wird damit vom Erfolg gekrönt. Innerhalb des Projekts NFA bildet der Ausbau der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich einen wichtigen Pfeiler. Die Grundlage dazu wird mit der Rahmenvereinbarung für die Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) gelegt. Die Plenarversammlung der KdK konnte heute zur Kenntnis nehmen, dass alle Kantone dieses wichtige Vertragswerk ratifiziert haben.

E-Government

Im Juni 2007 hat die KdK der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz im Grundsatz zugestimmt. Diese Rahmenvereinbarung regelt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen bei der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz für die Jahre 2007 bis 2011. Ziel von E-Government ist, die Verwaltungstätigkeit dank des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik so bürgernah, effizient und wirtschaftlich wie möglich zu gestalten. Inzwischen ist die KdK von allen Kantonsregierungen ermächtigt worden, die Rahmenvereinbarung mit dem Bund zu unterzeichnen. Zudem hat die Plenarversammlung die folgenden Kantonsvertreter in den politischen Steuerungsausschuss zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz gewählt:

- Regierungsrat Marcel Schwerzmann (LU) als Vertreter der Schweizerischen Informatikkonferenz;
- Staatsrat François Marthaler (VD) als Vertreter der Westschweizer Regierungskonferenz;
- Staatsschreiber Dr. Rainer Gonzenbach (TG) als Vertreter der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz.

Michel Probst und Hans-Jürg Käser neu im Leitenden Ausschuss

Die Plenarversammlung wählte Minister Michel Probst (JU) und Regierungsrat Hans-Jürg Käser (BE) als neue Mitglieder des Leitenden Ausschusses der KdK. Minister Probst folgt als Vertreter der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) auf Staatsrat Bernard Soguel (NE). Regierungsrat Käser wird Werner Luginbühl ersetzen, der per Ende März 2008 als Regierungsrat des Kantons Bern zurücktritt.

Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf stärkt Föderalismus

Die Plenarversammlung gratuliert Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf zur Wahl in den Bundesrat. Regierungsrätin Widmer-Schlumpf hat sich als Präsidentin der FDK und als Mitglied des Leitenden Ausschusses der KdK für den Föderalismus und eine konsequente Finanzpolitik engagiert. Die Fortsetzung dieses Engagements im Bundesrat trägt zur weiteren Stärkung des Föderalismus auf Bundesebene bei.

Bern, 14. Dezember 2007

Weitere Auskünfte erteilen:

- Regierungsrat Lorenz Bösch, Präsident KdK (Tel. 079 426 54 19)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 079 456 92 92 oder 031 320 30 00)